

Calmer Tagblatt

Nr. 171.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erstausgabe: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 60 Btg. Reklamen 2.—, Wt. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Montag, den 26. Juli 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn Nr. 12,00 vierteljährlich, Post u. anpreis Nr. 12,90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Der bolschewistische Krieg.

Waffenstillstandsverhandlungen mit den Polen.

Nach den neuesten Nachrichten sollen die Bolschewisten das Waffenstillstandsangebot der Polen angenommen haben. Danach würde also ein vorläufiger Abschluß des bolschewistisch-polnischen Krieges erreicht sein. Wir sagen vorläufig; denn es liegt ebenso in der Tendenz der Bolschewisten ihre Ziele früher oder später zu erreichen, wie in derjenigen der Entente, Polen zu retten, um den angelsächsisch-romanischen Wirtschafts-Imperialismus aufrechterhalten zu können. Lloyd George hat das in seiner Rede ja auch unumwunden zugegeben. Es kommt nun auf die russischen Waffenstillstandsbedingungen an, wie sich die Sache weiter entwickelt. Die Bolschewisten wollen in erster Linie nur mit einer Regierung verhandeln, in der Arbeiter vertreten sind. Deshalb wurde auch das aus Großgrundbesitzern gebildete polnische Ministerium umgebildet. Sodann werden in den Bedingungen wahrscheinlich die imperialistischen Ansprüche der Polen in bezug auf die Ostgrenze zurückgewiesen und freier wirtschaftlicher Verkehr mit Deutschland verlangt werden. Es sind also wohl scharfe Klippen zu umschiffen, an denen das leichte Friedensschifflein jederzeit scheitern kann, und das umso mehr als die Entente natürlich Interesse hat, Polen möglichst stark und als wirtschaftlichen Ball zwischen den russisch-deutschen Beziehungen zu erhalten. Im übrigen ist man sowohl in London wie in Paris in größter Angst, daß sich die Bolschewisten mit Deutschland verbinden könnten, und dann gemeinsam den schönen Raub der Entente zuschanden machen könnten. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet man den deutschen Antrag auf Verstärkung des Grenzschutzes im Osten, und findet es eigentümlich, daß Deutschland nicht lieber Truppen- und Kriegsmaterialtransporte der Entente durchlassen will. Das ist so recht die Denkart der Entente. Wir haben kein Interesse an dem polnischen Imperialismus, der auch uns schwer bedroht, wir haben aber auch kein Interesse an dem Bolschewismus, der unser vollständig in der Industrie verarbeitetes Wirtschaftsleben ruinieren und Millionen deutscher Volksgenossen dem Hungertod preisgeben würde. Und weiter haben wir kein Interesse daran, daß Süddeutschland im Falle einer bolschewistisch-deutschen Verständigung von den Alliierten im ersten Ansturm überrannt würde, weil wir es nicht schützen könnten. Das müssen die Alliierten verstehen, und daher auch die strikte Neutralitätskündigung, sowie das Ersuchen um Grenzverstärkung berücksichtigen in ihrem eigenen Interesse.

Aber die Entente ist von der Angst besessen, daß die Bolschewisten ihre Propaganda nicht aufgeben, und die Vorgänge in Persien, Mesopotamien, Syrien, Indien und der Türkei sind für die Absichten ihres Weltimperialismus auch nicht beruhigend. Und so steht sie heute mehr als je unter dem Eindruck, daß eine Weltrevolution der von ihnen unterdrückten Völker Afriens, Nordafrikas, Europas und des Balkans den angelsächsisch-romanischen Wirtschafts-Imperialismus in Trümmer schlagen könnte. Wenn die amerikanische Regierung sich bereit erklärt hat, Polen „moralisch“ zu unterstützen, so zeigt das, welches Interesse sie ebenfalls an der Trennung zwischen Rußland und Deutschland hat, und zwar im Hinblick auf die Gegnerschaft Amerikas zu Japan, die durch die Wettbewerbskämpfe der beiden Staaten immer klarer in Erscheinung tritt. Siegt der Bolschewismus, so ist die Verbindung Japans, Rußlands und Deutschlands wiederhergestellt, und damit auch bei etwaiger Befreiung Indiens und der Türkei die erstrebte angelsächsisch-romanische Welt Herrschaft zu Ende. Deshalb sprach Lloyd George von der Gefahr, daß der schwer erkaufte Sieg der Entente zuschanden werden könne, wenn die Bolschewisten Polen überrennen. Aber die Entente wird ihr Möglichstes tun, die Bolschewisten vorläufig zu beruhigen; denn eine Fortsetzung des Weltkrieges gegen die Bolschewisten würde namentlich bei den unteren Schichten auf schärfsten Widerstand stoßen, wie man aus dem Verhalten der französischen und italienischen Sozialisten sieht. Und auch England mag keine Truppen für Polen stellen, weil es in Irland, Ägypten, Mesopotamien und Indien genug zu tun hat. Die Lage ist also nicht so rosig für die Alliierten, und man versteht jetzt wohl, warum wir seinerzeit geschrieben haben, daß nicht Arbeitsmüdigkeit in Spa die Alliierten zum Abbruch getrieben hat, sondern die schweren äußeren Verwicklungen, die ihnen mehr zu schaffen machen, als das ausgehungerte, ausgebeutete und mißhandelte deutsche Volk. Das aber können wir heute schon sagen: Der durch gewaltsame Heranziehung fremder Säfte künstlich in die Höhe getriebene Baum

des angelsächsisch-romanischen Imperialismus wird auch nicht in den Himmel wachsen.

O. S.

Annahme des polnischen Waffenstillstandsangebots?

(W.B.) Amsterdam, 24. Juli. Nach einem Moskauer Funkgespräch hat die Sowjetregierung den Vorschlag Polens auf Abschluß eines Waffenstillstands angenommen.

Angenommen.

London, 25. Juli. (Havas.) Die polnische Regierung wird Vertreter, die mit Vollmachten ausgestattet sind, an den von der russischen Regierung zu bezeichnenden Ort senden. Die russische Regierung wird gleichfalls die Zeit festsetzen, zu der sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen.

(W.B.) Paris, 24. Juli. Nach einem Funkgespräch aus Moskau zieht sich die Rote Armee auf Befehl des bolschewistischen Oberkommandos zurück.

Der bolschewistische Vormarsch.

Helsingfors, 24. Juli. Nach hierher gelangten Nachrichten aus Polen ist die polnische Front erheblich zurückgesetzt worden. Das polnische Heer steht augenblicklich auf der Linie Lutz-Pinsk—Grodno.

Rotterdam, 24. Juli. Das englische Kriegsministerium teilt mit, daß die Russen die ethnologische Grenze von Polen überschreiten und Sein besetzen. Dieses Eindringen der Russen in polnische Gebiete soll bekanntlich nach der Drohung der Verbündeten im Senat die unwiderrückliche Hilfe der Verbündeten für Polen zur Folge haben. Im Pariser „Journal des Debats“ heißt es: Wenn die polnische Grenze überschritten würde, würden die Polen einen Aufruf zur Hilfe an die ganze Welt richten. — Das wird einen Wert haben, denn die „Welt“ weiß wohl, wer Schuld an dem polnisch-bolschewistischen Kriege trägt.

Der letzte polnische Heeresbericht.

Warschau, 24. Juli. Der amtliche Heeresbericht besagt unter anderem: Nach schweren Kämpfen nahmen Abteilungen des Obersten Luczynski die auf dem südlichen Ufer des Njemen gelegenen Forts von Grodno. Starke bolschewistische Angriffe in der Gegend von Masty wurden abgewehrt. Der Feind setzte seine Angriffe in der Richtung Koshany fort. Seine Vorhuten haben diesen Ort erreicht. Augenblicklich tobt dort ein erbitterter Kampf. Südlich des Pripiet wurde der Feind im Gegenangriff aus Njetchynca hinausgedrängt. In der Gegend von Dubno nimmt der Kampf mit der bolschewistischen Kavallerie eine günstige Wendung. Die Bolschewisten greifen zwischen Woloschysyl und Wolowca an. Wir mußten unsere Stellungen aufgeben. Im Gegenangriff wurde der Feind über den Brucz zurückgedrängt und die Lage wieder hergestellt. Die gewaltigen Angriffe des Feindes bei Kasimyn wurden abgewehrt. Beiderseits schwere Verluste.

Polen bittet Amerika um moralische Unterstützung

(W.B.) Washington, 24. Juli. (Reuter.) Die polnische Regierung hat das Staatsdepartement gebeten, zu erklären, daß Polen in seinem Kampf gegen die Bolschewisten die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten habe.

Amerika „erwägt“.

(W.B.) Rotterdam, 25. Juli. Reuter meldet aus Washington, daß das Staatsdepartement das Ersuchen Polens um moralische Unterstützung ernstlich in Erwägung gezogen habe.

Lloyd George über die Gefahr des Einmarsches der Bolschewisten in Deutschland.

(W.B.) Amsterdam, 24. Juli. Nachdem erst heute hier eingetroffenen ausführlichen Wortlaut der Unterhausrede Lloyd Georges sagte dieser mit Bezug auf das Vordringen der Bolschewisten gegen die deutsche Grenze: Wir müssen uns klar machen, was das bedeutet für Deutschland mit seinen Lasten, seinen Verpflichtungen und einer überwältigenden Schuldenbürde. Es besteht für jeden Schuldner die große Versuchung, einen einfachen und bequemen Ausweg zu finden. Freilich würde dies nur durch Anarchie möglich sein, aber es gibt in Deutschland Millionen von Menschen, die ungebildig werden, und es gibt in Deutschland Millionen kriegsgewöhnter Männer. Die Bolschewisten sind ihre unmittelbaren Nachbarn. Ich bitte nur an die Möglichkeit zu denken, daß die Alliierten der Früchte ihres teurer erkauften Sieges beraubt werden könnten. Die Alliierten sind unter diesen Umständen zu dem Entschluß gelangt, den Marsch der Bolschewisten durch polnisches Gebiet unbedingt zu verhindern.

Englische Phrasen über die Weltlage.

Amsterdam, 23. Juli. In einer Rede im englischen Oberhaus führte der Staatssekretär des Neuhern, Lord Curzon, mit Bezug auf den Völkerbund u. a. folgendes aus: Der eigent-

liche Grundgedanke des Völkerbundes sei, daß er ein Weltbund (der Entente) sein sollte. Es ist zwecklos, die peinliche Enttäuschung zu leugnen, die durch das Fernbleiben der Vereinigten Staaten verursacht worden ist. Es ist zuzugeben, daß die Arbeit des Bundes dadurch verkrüppelt wurde. Niemand hätte vorausgesehen, daß gerade jenes Land, das in so weitem Maße für die Schaffung des Völkerbundes gewirkt habe, sich als erstes auf die Seite stelle und daß der wirkliche Vater des Bundes der Lauffeier fernbleiben werde. Zur Frage der Zulassung der ehemals feindlichen Länder zum Bund sagte Curzon, es sei seines Erachtens wünschenswert, daß dies so bald wie möglich erfolge. Ueber die Entwaffnungsfrage führte Curzon aus: Niemand, der die jetzige Lage in Europa betrachtet, könne im gegenwärtigen Augenblick vernünftiger Weise von Entwaffnung reden. Der einzige Schritt, der in dieser Richtung nötig sei, sei die schnelle Entwaffnung der geschlagenen Feinde. (Natürlich.) Auf die Polenfrage übergehend sagte Curzon, es wäre ein Fehler gewesen, daß der Völkerbund bei Beginn der polnischen Offensive sich nicht mit der Frage befaßt habe. Wäre dies geschehen, so würde er Polen sicher eine ablehnende Antwort erstehen haben. Auf Rußlands mutmaßlicher Stellungnahme könne aber aus der letzten Antwortnote der Sowjetregierung geschlossen werden, in der es heißt, die Sowjetregierung könne keinesfalls zugeben, daß eine Gruppe von Mächten die Rolle einer über den Staaten der Welt stehenden obersten Körperschaft einnehme. Curzon sagte dann über die Mandatsfrage, es sei sehr schwierig gewesen, sich über die den Deutschen in Afrika und den Südseeinseln genommenen Gebiete zu einigen. Daß die Frage über Mandate dem Völkerbund noch nicht unterbreitet wurde, habe seinen Grund darin, daß man wünsche, zuvor eine Einigung herzustellen. Ueber die Zusammenkunft des Völkerbundes taute Curzon, er glaube, daß die wirkliche Zeit des Bundes da sein werde, wenn der Oberste Rat insstande sei, die gegenwärtig in seiner Hand liegende Arbeit niederzulegen. Dann könne der Völkerbund in seine Fußspuren treten.

Amsterdam, 23. Juli. Im englischen Unterhaus sagte Montague in Beantwortung einer Anfrage, er halte die Lage an der afghanischen Grenze für befriedigend. Indien sei offenbar das Ziel bolschewistischer Propaganda. Doch sehe er keinen Grund für die Annahme, daß ein bewaffneter bolschewistischer Angriff gegen die Nordwestgrenze erfolgen werde.

Französische Stimmen

zum bolschewistischen Vormarsch.

Paris, 24. Juli. Die „Humanité“ erklärt, die widersinnige Legende einer Allianz Lenin-Ludenborff, die die bürgerliche Presse unausgesetzt verbreitet, male die Gefahr einer Entente zwischen Berlin und Moskau zur Vernichtung Polens und des Friedensvertrags von Versailles an die Wand; aber zwischen dem Deutschland Fehrenbachs und dem Rußland Lenins sei ein Einverständnis unmöglich. Viel eher sei ein Druck der Entente auf Deutschland zu befürchten, damit es sich zum Mitschuldigen einer militärischen Handlung gegen Sowjetrußland mache. Die „Humanité“ zählt auf die Wachsamkeit des deutschen Proletariats. Wenn die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland angeknüpft seien, müsse Rußland die sofortige Abberufung der französischen Mission aus Polen verlangen und die Barriere müsse fallen, die jede wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Rußland verhindere. „Gaulois“ schreibt über die Lage in Polen: Wir müssen wünschen, daß die Sowjetregierung einwilligt zu verhandeln, weil wir sonst Entscheidungen treffen müßten, denen sich das Land offensichtlich feindlich zeigt und die in Frankreich eine innere Krise hervorrufen könnten.

Eine charakteristische Auffassung der Entente über Neutralität.

Amsterdam, 25. Juli. Der Londoner drahtlose Dienst meldet: Wie verlautet, wird das an die Alliierten gerichtete Ersuchen der deutschen Regierung um Zustimmung zur Verstärkung der deutschen Truppen in Ostpreußen gegenwärtig von den Alliierten geprüft. Man ist der Ansicht, daß dieses Ersuchen in gewissem Grade mit der Erklärung des deutschen Außenministers, daß die Durchführung alliierter Truppen durch Deutschland nicht gestattet ist, im Widerspruch stehe. — Das ist durchaus kein Widerspruch, denn die Durchführung alliierter Truppen durch Deutschland wäre eine Neutralitätsverletzung, während ein starker Grenzschutz etwas Selbstverständliches für jedes in Gefahr befindliche Land ist. Man sieht: die Alliierten wollen die Neutralität eines Landes nur respektieren, solange es ihnen paßt. Die Schriftl.

Die Entente und der polnische Korridor.

(W.B.) Paris, 25. Juli. Die Völkerverkonferenz hat auch in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung einen Beschluß über

udle
ing

Calw
Cannstatt

inzeige!

ung.

Freunde und
den 27. Juli

Feier

Althengstett.

er in Althengstett.

er.

Althengstett.

inder

unkte, Calw.



ärtringen.

5. und Mon-
ht in unserer

„Hasen“

sport

unger

weits-

erde

Lauschlieb-

Röwenstein

Nr. 10.

recht

er Art

uth.

use ständig

leisch

efall. Vieh,

Art, zu Fisch-

atterzwecken

uf amtlich erlaubt.

ropp, Rohrdorf
id. Telefon 6.

Marienwerder und Allenstein nicht gefaßt. Nach dem „Petit Parisien“ handelte es sich gestern darum, die Grenze zwischen Polen und Deutschland festzusetzen, die nicht mehr dieselbe sein könne wie 1914. Eine Anzahl kleinerer Kommunen, deren Bevölkerung zum größten Teil oder fast ganz polnisch sei, solle nach dem vorliegenden Antrag Polen zugesprochen werden. Außerdem wolle man die Verbindung Polens mit dem Meer sicherstellen und infolgedessen beabsichtige man, auf dem rechten Weichselufer einen genügend breiten Territorialstreifen Polen zuzusprechen, um seine Transporte und den freien Verkehr seiner Schifffahrt zu gewährleisten. Wie einige Blätter melden, soll sowohl England wie Italien diesen Lösungen nicht zustimmen und „Echo de Paris“ sagt, daß England und Italien die vorzeitige Räumung beider Bezirke wünschten. Sie erklärten, daß, da sich eine deutsche Mehrheit ergeben habe, Deutschland das Recht besitze, ohne Verzug dort wieder zur Herrschaft zu gelangen. — (Der bolschewistischen Gefahr gehorchend, nicht dem eigenen Triebe.)

Eine offizielle Erklärung zum Charakter der deutschen Neutralität.

(W.B.) Berlin, 24. Juli. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Deutschland hat seine Neutralität gegenüber Rußland und Polen erklärt. Maßgebend für das Verhalten der deutschen Regierung werden nur die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechtes sein, da Deutschland und Rußland dem Völkerbunde nicht angehören; hinsichtlich der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen das Haager Abkommen von 1907, das diese zugunsten beider Teile gestattet, aber jedem Staate freistellt, sie zu unterlagen. Der Friedensvertrag von Versailles zwingt Deutschland nicht zur Abweichung von der Neutralität. Zwar hebt er den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Rußland auf, stellt aber den Kriegszustand dadurch nicht wieder her. (Art. 116.) Aushändigung der von Deutschland abzuliefernden Waffen an Polen kann nicht verlangt werden, da die Waffen nach ausdrücklicher Bestimmung verbleiben sollen. (Art. 169.) Truppentransporte der Alliierten nach Rußland sind nur zur Durchführung des Friedensvertrags vorgesehen (Art. 375), können also nicht zur Unterstützung Polens im Kriege gegen einen am Friedensvertrage unbeteiligten Staat vorgenommen werden.

Berlin, 25. Juli. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat dem 25. Juli eine Verordnung erlassen, wonach im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands in dem Krieg zwischen Rußland und Sowjetrußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen, sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfes verboten wird, soweit diese Gegenstände für die Gebiete eines der beiden kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung hat mit dem Erlaß dieses Verbots von einer ihr nach anerkanntem Völkerrecht zustehenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags unberührt gebliebenen Befugnis Gebrauch gemacht. Dadurch ist jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegführende Partei durch Zufuhr von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

Ein Erlaß des ostpreussischen Oberbefehlshabers.

Berlin, 25. Juli. (Morgenblätter.) Nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Ztg.“ aus Königsberg erläßt der Befehlshaber des Weichselkreises I, Generalmajor von Dassel, anlässlich der Verhängung des Ausnahmezustandes über Ostpreußen einen Weichselkreisesbefehl, worin er u. a. sagt, daß er in keiner Weise beabsichtigt, in den augenblicklichen Streit einzugreifen, aber erwartet, daß die Ruhe und Ordnung in der Provinz nicht in einem Augenblick gestört werde, in dem die Gefahr bestehe, daß Banden über unsere Grenze dringen und unser blühendes Land verheeren. Wir wollen und werden unsere Frauen und Kinder, unsere Arbeit und unsere Heimat schützen. Für die Völker und Menschen beglückenden Versuche von in- und ausländischen Phantasten bedanken wir uns.

Der deutsche Eisenbahnerverband für unbedingte Neutralität im bolschewistisch-polnischen Krieg.

Berlin, 25. Juli. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbands, der mehr als 1/2 Million Eisenbahnbeamte und Arbeiter vertritt, hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahnen des ganzen Reichs in seiner heutigen Sitzung folgende Entschliessung mit 72 gegen 1 Stimme angenommen. Die deutsche Regierung hat für Deutschland die Neutralität gegenüber Polen und Rußland erklärt. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbands hält diese Politik als die für Deutschland einzig richtige und erklärt es für eine unbedingte Notwendigkeit, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von fremden Truppen, Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Ein Aufruf der Unabhängigen.

Berlin, 24. Juli. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei veröffentlicht in der „Freiheit“ einen Aufruf, worin sie die deutschen Arbeiter auffordert, eine Verletzung der von Deutschland proklamierten Neutralität in dem Kriege zwischen Sowjetrußland und Polen durch die Entente nicht zuzulassen, insbesondere den Durchmarsch französischer Truppen durch deutsches Gebiet und die Auslieferung von Waffen an Polen nicht zu gestatten. Die deutsche Arbeiterklasse solle durch ihre Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern und Soldaten Sowjetrußlands zum Ausdruck bringen, und, wenn es nötig sei, entsprechend handeln.

Zur äußeren Lage.

Die Französisierung des Saargebiets.

Saarbrücken, 25. Juli. Das Amtsblatt der Regierung veröffentlicht eine Verordnung, wonach die Wahrung der Interessen der Saarbewohner im Ausland der französischen Regierung anvertraut wird.

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Herrenberg ausgebrochen. In den 15-km-Umkreis fallen vom Bezirk Calw die Gemeinden Holzbrunn, Neubulach, Altbulach, Stammheim, Gehlingen, Ostelsheim, Dachtel und Deckensfronn.

Bemerkt wird, daß dies schon der dritte Fall im Bezirk Herrenberg ist, daß die Seuche durch die Einfuhr von Schweinen eingeschleppt wurde.

Die Landwirte werden daher vor weiteren Bestellungen auf Schweine wiederholt dringend gewarnt.

Calw, den 23. Juli 1920.

Oberamt:
Bügel, Amtmann.

Saarbrücken, 25. Juli. Laut Verordnung der Regierungskommission wird ein saarländisches Jägerkorps eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, für Ruhe und Ordnung im Saargebiet zu sorgen. Die französische Gendarmerie des Saargebiets wird hinsichtlich ihrer Verwendung der Regierungskommission unmittelbar unterstellt.

Die Vergewaltigung von Malmédy und Eupen durch Belgien.

Amsterdam, 24. Juli. Aus Brüssel wird folgende Havas-Neuter-Meldung verbreitet: Bei der in den Kreisen Eupen und Malmédy veranstalteten Volksabstimmung haben von 33 726 Stimmberechtigten im ganzen 270 gegen die Einverleibung in Belgien protestiert.

Die Abstimmung ist bekanntlich unter belgischer Leitung vorgenommen worden. Die belgischen Behörden haben ein wahres System von Schwierigkeiten, Schikanen, Weiterungen und Drohungen gefunden, um eine wirkliche Abstimmung zu verhindern. Jeder, der für Deutschland stimmte, wurde der Verkehrsfreiheit, der Lebensmittelversorgung und des Geldaustausches beraubt, und obendrein wurde er mit Ausweisung bedroht. Bei dieser Sachlage kann es nicht wundernehmen, wenn die eingeschüchterte Bevölkerung sich nicht getraute, abzustimmen. Wenn man daher in Belgien über das bekannt gegebene Ergebnis jubeln sollte, würde man sehr unklug sein. Im Gegenteil: berücksichtigt man, daß die beiden Kreise nie belgisch waren, nie nach Belgien verlangt haben und nach Geschichte, Sprache und wirtschaftlichen Interessen ausschließlich zu Deutschland gehören, so wird man gerade in den mitgeteilten Zahlen den besten Beweis für die ungeheuerliche Vergewaltigung erblicken, die in Eupen und Malmédy vor sich gegangen ist. Wenn kaum ein Hundertstel der Stimmen für Deutschland abgegeben worden ist, so ist dieses Verhältnis so handgreiflich, daß kein Unbefangener daran wird vorbeigehen können und daß auch der Völkerbund, der nimmermehr über das Schicksal der beiden Kreise entscheiden soll, dieses Ergebnis nicht als den Ausdruck des wahren Volkswillens wird hinnehmen können.

Das Programm des Völkerbundsrats.

London, 24. Juli. Neuter erzählt, daß der Völkerbundsrat am 30. Juli in San Sebastian zusammentreten soll. Die Hauptverhandlungsfragen sind: 1. Ergreifung von wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Staaten, die unter Verletzung von Bestimmungen, die sie als Mitglieder des Völkerbundes eingegangen sind, in den Krieg eintreten; 2. Errichtung einer ständigen sanitären Organisation; 3. Unterbreitung des von der internationalen juristischen Kommission in Haag und dem internationalen Gerichtshof ausgearbeiteten Gesehtentwurfes; 4. Prüfung der bezüglich des Vollmachtes des Rates und der Verammlung im Hinblick auf den Zusammentritt der Völkerbundsversammlung am 15. November; 5. die Verantwortlichkeit des Völkerbundes, die sich aus den Ueberweisungsbestimmungen des Friedensvertrags und des Völkerbundsstatutes ergibt.

Ententeheuchelei gegenüber Oesterreich.

(W.B.) Wien, 25. Juli. Der Präsident der Nationalversammlung, Seitz, empfing heute die Gesandten Italiens, Großserbiens und Frankreichs, die ihm ihre Beglaubigungsschreiben überreichten, in Gegenwart des Staatssekretärs des Äußern, Dr. Kerner. In einer Ansprache betonten die Gesandten, daß es das Bestreben ihrer Regierungen sein werde, den Wiederaufbau Oesterreichs zu fördern, wobei sie der Zuversicht Ausdruck gaben, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und den von ihnen vertretenen Regierungen und der Bevölkerung in gemeinsamer Arbeit sich immer inniger gestalten würden. — Der französische Gesandte erklärte u. a., die Männer, denen die schwierige Aufgabe anvertraut sei, die junge Republik auf ihren ersten Schritten zu leiten, würden zu verhindern wissen, daß sie sich auf Wege begeben, die ihre Existenz für die Zukunft gefährden könnten. Sie würden die Republik vor gefährlichen Einflüsterungen bewahren. — Präsident Seitz erklärte in seiner Antwort, daß es das Bestreben der österreichischen Regierung und des Volkes sei, den Friedensvertrag durchzuführen. Er gedachte daran, die Hilfeleistung der Alliierten und drückte die Hoffnung aus, daß die alliierten Mächte der jungen Republik bei Durchführung des Friedensvertrags vollste Unterstützung angedeihen lassen werden.

Fiume italienisch.

Agram, 24. Juli. Das Südslawische Pressebüro meldet, daß dieser Tage in Fiume ein Bataillon Infanterie und Artillerie des regulären italienischen Heeres eingetroffen sind, womit die italienische Regierung den Staat Fiume anzuerkennen scheint.

Der englisch-französische Wirtschafts-imperialismus.

London, 24. Juli. (Neuter.) Heute abend ist der Wortlaut eines Abkommens veröffentlicht worden, wodurch die englische und die französische Regierung sich verpflichten, mit Bezug auf die Oelzerzeugung in Rußland, Rumänien und Mesopotamien, sowie in den beiderseitigen Kolonien zusammenzuhalten und einander zu unterstützen.

Die Türken und der Friede.

(W.B.) Paris, 25. Juli. Der türkische Friedensvertrag wird jedenfalls am kommenden Dienstag in Sevres unterzeichnet werden.

(W.B.) Paris, 25. Juli. Der Korrespondent des „Temps“ in Konstantinopel meldet, man könne als sicher annehmen, daß Mustafa Kemal auf den Kampf nicht verzichtet werde. Im Augenblick reorganisieren er seine Streitkräfte. Es scheint, daß die Nachrichten von einer antikemalistischen Bewegung aus dem Innern des Landes falsch seien. Die Bewegung beschränkte sich auf vereinzelte Ortschaften. Der Korrespondent fügt hinzu, man sei noch weit entfernt von dem Frieden im Orient. — (Also offiziell wird Frieden geschlossen, inoffiziell aber wird fortgekämpft.)

Die Franzosen in Syrien.

Beirut, 25. Juli. (Havas.) Die Haltung der scherifischen Kräfte hat General Gouraud veranlaßt, sich den Weg nach Damaskus zu öffnen, dessen europäisches Viertel heute Vormittag besetzt worden sein dürfte. Am 22. Juli hat der General auf Verlangen des Emirs den Marsch der Kolonne, die auf der Straße von Zahle nach Damaskus vorging, aufgehalten. Fesal erklärte, daß er seine Antwort auf das Ultimatum rechtzeitig abgesandt habe. Wenn sie nicht in der vorgeschriebenen Zeit eingetroffen sei, so sei dies eine Folge von unvorhergesehenen Umständen. Der General anerkennt diese Erklärung und stellte heute Vormittag den Vormarsch der Truppen unter gewissen Bedingungen ein, darunter die, daß die französischen Truppen nicht angegriffen würden. Trotzdem wurden die kleinen französischen Kolonnen östlich von Latakia zwischen Homs und Tripolis von regulären scherifischen Truppen angegriffen. Infolge dieser Angriffe und um den Angriff, der sich auf der Straße von Beirut nach Damaskus vorbereiten schien, abzuwehren, schlug die scherifische Kolonne unter dem Befehl des Generals Gohbet die scherifischen Kräfte, deren Hauptquartier sich in Khan Maifeson befindet, in der gebirgigen Gegend zwischen Bala und Damaskus nach langem Kampf in die Flucht. Der scherifische Widerstand scheint gebrochen zu sein. Die Behörden von Damaskus sandten darauf in das französische Lager Vertreter, die erklärten, daß kein Widerstand geleistet werden würde und daß die Stadt die Kolonne verpflegen werde, bis der Eisenbahnverkehr aufgenommen sei.

Deutschland.

Vom Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 24. Juli. Der Reichswirtschaftsrat setzte heute vormittag die Besprechung des Abkommens von Spa fort. Verhandlungsleiter Inbusch betonte, daß beachtenswerte wirtschaftliche Gründe, sowohl für wie gegen die Entscheidung der Regierung sprechen und empfahl die Schaffung einer Reichsstelle zur Förderung des Bergbaus. Bergwerksdirektor Stinnes erklärte, man habe in Spa zu viel zugestanden. Der Einmarsch wäre doch nicht gekommen. Da aber an den Tatsachen nichts zu ändern sei, müsse man mit der Bergarbeiterschaft zu einem Einvernehmen gelangen. Der Redner befürwortete Bildung einer Kommission zur Feststellung und Besserung der Arbeitsbedingungen, Stärkung der Braunkohlenförderung und der Elektrizitätswirtschaft. Rudolf sprach für die Interessen der Innenschiffer, die Lösungsbestrebungen wie in Bayern durch Einstellung der Beförderung bekämpfen würden. Geh. Berggrat Hillger glaubte nicht an die Möglichkeit einer Erhöhung der oberirdischen Förderung und erklärte sich für Erfüllung des Vertrags. Dr. Rathenau rechtfertigte die Zustimmung der Sachverständigen zur Unterzeichnung. Minister des Auswärtigen Dr. Simons betonte, der gute Wille der Arbeiter sei die Hauptsache. Man habe der Entente die Ueberzeugung beigebracht, daß es mit dem ganzen Kohlenabkommen nicht gegen, sondern nur mit Deutschland gehe. Freiherr v. Schorlemer erklärte, die Landwirtschaft halte das Abkommen für unerfüllbar, wolle die Regierung aber unterstützen. Wiffel sah in der Steigerung von Förderung, Beförderung und Sparbarkeit die Hauptbedingungen des Wiederaufschwungs, die sich nur durch Sozialisierung erreichen ließen. Er befürwortete ein Kohlendirektorium, das lieber dem einzelnen wehthut, als das gesamte Wohl schädigt. Hierauf wurde die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

Berlin, 24. Juli. Laut „Lokalanzeiger“ hat der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine Resolution gefaßt, die von einer Kommission aus Persönlichkeiten der Großindustrie bis zur U.S.P.D. ausgearbeitet worden ist und heute dem Reichswirtschaftsrat unterbreitet werden wird. Darin wird rücksichtslose Bekämpfung des Schieberturns bei der Verteilung der Kohlen, gründliche Verbesserung der Ernährung und Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter und Prüfung des Berichtes der Sozialisationskommission über die Sozialisierung der Bergwerke beim Reichswirtschaftsrat verlangt. In der Ausschuss-Sitzung erklärte ein bekannter Bergarbeiterführer, daß die Bergarbeiter zu Ueberschichten weiter bereit seien.

Der Bergarbeiterführer Hue

über das Kohlenabkommen.

Berlin, 26. Juli. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ aus Bochum meldet, sprach Hue in einer Konferenz des alten Bergarbeiterverbands über das Kohlenabkommen von Spa und sagte, daß das Ueberschichtenabkommen nicht gekündigt werde. Besonderen Dank zollte der Redner Holland, das uns durch den Kredit von 200 Millionen Gulden Vertrauen bewiesen habe. Die Bergarbeiterschaft werde alles daran setzen, um auch Hollands Kohlennot und ebenso die der Schweiz und der skandinavischen Länder zu mildern. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem es heißt, daß sich die Bergarbeiter gegen die angedrohte Gewaltpolitik der Entente, in der sie die Absicht der Verflavung der Bergleute erblickten, energisch zur Wehr setzen werden. Sie seien freiwillig bereit, die Kohlenförderung so zu steigern, daß die von der Entente verlangte Kohlenmenge, der Kohlenbedarf Deutschlands

riede.
 he Friedensvertrag
 in Sevres unter-
 ndent des „Tempt“
 e als sicher anneh-
 Kampf nicht ver-
 re er seine Streit-
 n einer antilemali-
 Landes falsch seien.
 e Drifchasten. Der
 weit entfernt von
 wird Frieden ge-
)
ien.
 ung der scharifischen
 den Weg nach Da-
 el heute Vormittag
 at der General auf
 oinne, die am 7. der
 aufgehalten. Gefesal
 datum rechtzeitig ab-
 riebenen Zeit ein-
 hergesehenen Um-
 klärung und stellte
 unter gewissen Be-
 schen Truppen nicht
 kleinen französischen
 s und Tripolis von
 Infolge dieser An-
 träge von Beirut
 ren, schlug die fran-
 Generals Goybet die
 in Khan Matfeson
 Bela und Damas-
 cherifische Wiber-
 den von Damaskus
 reter, die erklärten,
 und daß die Stadt
 hahnverkehr aufge-
)
rat.
 rat fekte heute vor-
 n Spa fort. Ber-
 zenswerte wirtschaft-
 fcheidung der Re-
 g einer Reichsstelle
 rektor Stinnes er-
 n. Der Einmarsch
 Tatsachen nichts zu
 haft zu einem Ein-
 stige Bildung einer
 der Arbeitsbedin-
 und der Elektrizi-
 tressen der Binnen-
 Bayern durch Ein-
 n. Geh. Bergat
 Erhöhung der ober-
 Erfüllung des Ver-
 mung der Sachver-
 Auswärtigen Dr.
 sei die Hauptfache.
 beigebracht, daß es
 t, sondern nur mit
 erklärte, die Land-
 wolle die Regie-
 teigerung von För-
 uptbedingungen des
 alisierung erreichen
 an, das lieber dem
 schädigt. Hierauf
 Uhr verlag.
 z e i g e r hat der
 irtschaftsrates eine
 us Persönlichkeiten
 itet worden ist und
 erden wird. Darin
 ums bei der Vertei-
 er Ernährung und
 rüstung des Verich-
 Sozialisierung der
 n der Ausschuß-
 rer, daß die Berg-

und die für Holland und die Schweiz bestimmten Kohlenmengen geliefert werden könnten. Hierzu sei aber eine bessere Ernährung der Vergleute erforderlich. In einer zweiten Entschliessung werden die Bergarbeitervereinigungen aufgefordert, im Verein mit den Organisationen der Eisenbahner und Schiffsleute sofort Vorkehrungen zu treffen, daß diejenigen Landesteile, in denen sich Abspaltungsbestrebungen vom Reich durchsetzen, nicht mit Kohlen beliefert werden.

Das Reichswehrgesetz.

Berlin, 24. Juli. Die Blätter veröffentlichen einen Auszug aus dem Entwurf des Reichswehrgesetzes, der dem Reichsrat unlängst zugegangen ist. Danach besteht die deutsche Wehrmacht, Reichswehr und Reichsmarine aus freiwilligen Soldaten. Die Stärke der Reichswehr beträgt 100 000 Mann, die der Reichsmarine 15 000 Mann. Das Heer besteht aus 21 Infanterieregimentern, 18 Reiterregimentern, 7 Artillerieregimentern, 7 Pionierbataillonen, 7 Nachrichtenabteilungen, 7 Kraftfahrabteilungen und 7 Sanitätsabteilungen. Die Flotte besteht aus 6 Linien-schiffen, 6 kleinen Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 Torpedobooten. An der Spitze des Heeres steht der Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Marine der Chef der Admiralität, die beide dem Reichswehrminister unterstellt sind. Zur Wahrung der landsmannschaftlichen Eigenart können auf Verlangen in den Ländern Landeskommandanten gestellt werden. Alle Teile der Wehrmacht sind verpflichtet, die Behörden der Länder auf ihre Anforderung bei öffentlichen Notständen und zu polizeilichen Zwecken zu unterstützen. Die Dienstzeit für Soldaten beträgt 12 Jahre, die für Offiziere 25 Jahre. Jeder Angehörige der Wehrmacht kann nach Maßgabe seiner Fähigkeit zu den höchsten Stellungen gelangen. Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereiches politisch nicht betätigen. Das Recht zu wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ruht für den Soldaten.

Dorten verhaftet.

* Mainz, 25. Juli. (Haas.) Das „Echo du Rhin“ meldet, daß Dr. Dorten am Samstag nachmittag vor seiner Wohnung in Wiesbaden von drei mit Revolvern bewaffneten Männern verhaftet und im Automobil ins unbefestete Deutschland übergeführt wurde. Die deutschen Behörden gaben vor, daß sie von dieser Verhaftung nichts gewußt hätten, die auf Anordnung des Reichsgerichts in Leipzig durch Polizeileute aus Frankfurt a. M. wegen Vorwissen politischer Natur, die auf die Zeit des Waffenstillstandes zurückdatierten, vorgenommen worden sei. — (Es handelt sich bekanntlich um den Halunken, der mit französischem Gelde eine Rheinische Republik ausruhen wollte.)

Ganghofer †

* Tegernsee, 25. Juli. Der Schriftsteller Dr. Ludwig Ganghofer ist gestern mittag am Herzschlag gestorben.

Rindererholungsheime auf dem Heuberg.

Der einstige Truppenübungsplatz um dem Heuberg ist nunmehr in ein großes Rindererholungsheim umgewandelt worden. Dank dem Entgegenkommen der bad. und würt. Regierungen, die hierfür gemeinsam mit einer Anzahl Städten die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt haben, können zur Zeit dort oben auf sonniger Flur 3200 kleine Weidgäcker sich tummeln und ihre Kriegswunden, die Unterernährung, heilen. Aus Württemberg, und zwar aus Stuttgart, Ehlingen, Göppingen und Ulm, sind 1100 Knaben und Mädchen dort oben; die übrigen sind aus badischen Städten, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe. Wir sahen diese kleine blaue Brigade am 21. und 22. Juli mitten in Spiel und Treiben. Hatte doch das würt. Ministerium des Innern die Landtagsabgeordneten und Pressevertreter zu einem Besuch des Heubergs eingeladen, dem einige — 28 an der Zahl — freudig gefolgt waren. Sie entjammten allen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken.

Bei schönstem Wetter trafen wir auf dem Heuberg ein. Das war eine ganz merkwürdige Höhe, die hier oben perlenden Schweiß auf die Stirnen lockt. Dazu ein herzerfrischender leiser Windzug, der durch alle Poren zu dringen scheint. Hier in der freien Gottesnatur tummelt sich das liebliche Völkchen. Zunächst lagen sie im „Schlummer“, d. h. sie sollten schlafen, was sie aber nur selten fertig bringen. Meistens ist ihr kleines Hirn so mit den neuen Verhältnissen beschäftigt, daß sie kaum am Tage zum Schlafen kommen können. Am wenigsten heute, wo der „Besuch“ kam. Da hatten sie denn in Fleiß und Liebe ihre Baracken, die gar keine sind, sondern wirklich schöne Häuser und Wohnungen, mit wunderbaren Blumen und Tannengrün reizend geschmückt. Jedes Zimmer sollte das beste sein. So hatten sie untereinander um den Preis des Lobes und der Anerkennung gerungen und gewetteifert. Ein Jauchzen ging jeweils durch die Zimmer, wenn der mit Ungeduld erwartete Besuch endlich eintrat. Dann blitzen die Augen und auf jede Frage sprudeln vielfache Antworten.

Auf je 25 der kleinen Gestalten kommt eine Aufsicht. Sie wacht über unser höchstes Gut bei Tag und Nacht. Hat sich da eines bloßgestrampelt, flugs zieht eine Luftpfeife die Decke zurecht, damit der Körper des kleinen Menschenkinde nicht erkalte. Die Verpflegung scheint nach den Antworten der Kleinen nicht alle Wünsche zu befriedigen. Sie möchten Dampfbraten, Pfannkuchen und ähnliches lieber wie die Massenkost. Jedes Kind erhält täglich einen halben Liter frische Milch, etwa 300 Gramm Brot und die sonst üblichen Mahlzeiten mit vollen Quaderportionen. — Die Räumlichkeiten, Lager, Spielplätze, Badeanstalten, die Schuttpuräume und Aborte, sie alle sind in tadellosem Zustand. Nur an Spielzeug und Turngeräten scheint es gänzlich zu fehlen. Dafür müssen Fußballspiel und „Ringelreiß“ tüchtig herhalten.

Haben die Kleinen auf dem Heuberg Heimweh? Ganz falsch ist die Vorstellung, als flößen auf dem Heuberg unendliche Tränen. Richtiger ist vielmehr, daß die Eltern, besonders die Mütter, mehr Heimweh als die Kinder haben. Wir sahen so ein kleines Heimwehküchle, das schon mehreremale aus selbsten

Erholungsheimen wieder heimgeschickt werden mußte, das sich aber auf dem Heuberg nun doch traulich fühlte und uns freundlich anlachte.

An der Führung durchs Lager beteiligten sich die leitenden Persönlichkeiten. An der „Tafel“ sprachen Worte des Dankes Stadtdr. Dr. Gaspar-Stuttgart, es möge ein Strom des Segens aus dem Kinderheim quillen; Herr R. M. Dr. Blaum, ein Stück Friedensarbeit werden in hingebungsvoller Arbeit vom ganzen Personal geleistet; Dankesworte wechselten herüber und hinüber. Wer auf dem Heuberg ein Stück seines Herzens vernahet weiß, der kann ruhig schlafen und nur wünschen, es möge recht lange da oben verbleiben dürfen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. Juli 1920.

Die Innere Mission in Württemberg.

ep. Für die Innere Mission, d. h. die Anstalten und Vereine, die den Dienst christlicher Liebe tun gegenüber vielerlei Notständen in unserem Volk, wird jetzt in den evang. Gemeinden unseres Landes gesammelt. Da ist es zeitgemäß, wenn in Kürze Aufschluß gegeben wird über die Entwicklung der I. M. in unserem Land.

Nachdem schon 1710 das Waisenhaus in Stuttgart und 1736 ein zweites in Ludwigsburg ins Leben gerufen worden war, setzt diese Entwicklung gerade vor 100 Jahren lebhaft ein mit der Gründung der ersten Rettungsanstalt, der Stuttgarter Paulinenpflege 1820. In rascher Folge entstehen weitere Rettungshäuser: 1823 in Korntal, Winnenden, 1825 Tullingen, 1826 Kirchheim, 1828 Stammheim, 1829 eine zweite Anstalt in Korntal, 1830 Wilhelmshaus, 1835 das Mathildenstift Ludwigsburg (später Karlshöhe), 1836 Lichtenstern, 1838 Göppingen, 1840 Ebingen, Lustnau, 1844 Herbrechtingen und Plieningen, 1842 Neutlingen mit seinen Zweiganstalten Walddorf, Fluorn, Robt, Alpirsbach, Göttingen, Schornbach, Wilhelmshaus und Blaiche bei Urach („Vater Werner“), 1843 Tempelhof. Ihr Vorbild hatten alle diese Anstalten an der bekannten, auch 1820 von dem Württemberger Chr. S. Zeller gegründeten Erziehungsanstalt Zeuggen bei Basel. Es folgten Anstalten für Blinde: Gmünd 1823, Stuttgart 1840; für Taubstumme: Winnenden 1823, Wilhelmshaus 1837; für kranke und verkrüppelte Kinder: Ludwigsburg 1841 (Dr. A. S. Werner), Stuttgart Olgaheimanstalt 1841 bez. 1848; für schwachsinrige: Marienberg 1847. Seit 1818 wird dann, besonders unter dem Einfluß von Wichern, die Arbeit immer umfassender. Insbesondere werden jetzt Bildungsstätten eröffnet für persönliche Kräfte, die sich in den Dienst der christlichen Liebe stellen wollen: 1854 die Stuttgarter Diakonissenanstalt, 1861 die Bildungsanstalt für Kleinkinderpfliegerinnen in Großheppach, 1876 die Brüderanstalt Karlshöhe bei Ludwigsburg, 1886 das Mutterhaus der Olgaheimwestern in Stuttgart, das Diakonissenhaus Hall 1894 und 1914 der Herrenberger Verband für besoldete Krankenpflegerinnen von christlicher Gesinnung. Von der kräftig aufblühenden Ev. Gesellschaft Stuttgart (gegr. schon 1830) wird insbesondere auch die Verbreitung ev. Volksschriften gepflegt. Vereine für die heranwachsende Jugend werden gegründet. Für sittlich gefährdete junge Leute werden Anstalten geschaffen: Schönbühl 1859—66, Leonberg 1871, später Kirchheim, Hebsack, Stuttgart, Heidenheim.

Aus diesem ganz flüchtigen und unvollständigen Ueberblick geht hervor, daß unser Land im Lauf von 100 Jahren reich geworden ist an Zufluchtsstätten aller Art für Menschen, die des Dienstes christlicher Liebe bedürfen. Wenn wir wollen, daß diese Häuser auch ferner ihren Dienst tun können, so müssen wir ihnen jetzt durch kräftige Unterstützung zum Fortbestand helfen.

Zehn Gebote des Waldhuhnes.

1. Schonnet die Gewächse des Waldes, denn sie sind ein Schmuck der Gegend und sollen noch viele erfreuen und neues Leben bilden.
2. Ein bescheidener Blumenstrauch ist jedem gern gestattet, doch dürfen nicht Zweige abgebrochen, Bäume verkümmelt und die Pflanzen mit den Wurzeln ausgerissen werden.
3. Jungwüchse und Anpflanzungen bedürfen der Schonung.
4. Werfet kein Papier und keine Speisereste in Wald; auch noch andere wollen sich an dem Wald erfreuen.
5. Vermeidet vor allem das Fortwerfen von Flaschen und Glascherben, denn sie haben schon viel Unheil angerichtet.
6. Vorsicht beim Rauchen, besonders bei trockenem Wetter und in der Nähe junger Anpflanzungen! Keine brennende Zigarre oder Zigarette, kein brennendes Streichholz fortwerfen!
7. Störet nicht die Tiere des Waldes, sondern freuet euch an ihnen!
8. Schonnet die Vogelnester, die Käfer und das Gewürm des Waldes!
9. Hunde gehören im Wald an die Leine, damit sie nicht jagen.
10. Der Wegweiser sei euerer Schonung empfohlen. Er ist ein Freund der Wanderer und soll auch noch anderen Rat erteilen.

Die Fernsprechanleihe.

Die 1000 Mark-Einlage, die von den Fernsprechteilnehmern gefordert wird, regt immer noch die beteiligten Kreise auf. Wenn ein großes Unternehmen seine Einrichtungen verbessert, sich geschäftlich und räumlich ausdehnen will, so ist in erster Linie ein größeres Kapital erforderlich. I sbiefes nicht bar vorhanden, so gibt man weitere Aktien aus oder macht eine Anleihe. Dasselbe gilt für die Verkehrsanstalten. Früher wurde in einem solchen Fall eine Staatsanleihe ausgeschrieben, was aber jetzt schwierig und wenig aussichtsreich wäre. Deshalb will die Reichspostverwaltung auf unmittelbarem Wege, möglichst ohne Kosten für Kapitalaufnahme mit den Beteiligten verkehren. Zum Wiederaufbau müssen wir alle Steine beitragen, nicht solche in den

Weg legen. Den kapitalschwächeren Fernsprechteilnehmern aus dem Gewerbestand könnte dadurch geholfen werden, daß Genossenschaftsbanken, Gewerbankanten, Handwerkerbanken und ähnliche Institute das Kapital leisten und bis zur Kündigung Gläubiger bleiben. Dem Schuldner wären 4 Prozent Zinsen zu berechnen, die Fernsprechteilnehmer bezöge den Zins zu dem Zugang an seinen Fernsprechgebühren.

Die Obsternteausichten.

Nach den Berichten der Vertrauensmänner des württembergischen Obstbauvereins sind die Ausichten für Äpfel mittel bis gut, Birnen nicht ganz mittel, Pflaumen gut bis sehr gut, Zwetschgen mittel, Walnüsse mittel bis gut, Haselnüsse und Quitten mittel. Die Ausichten sind gegenüber den Hoffnungen nach der reichen Blüte wesentlich zurückgegangen. In der Hauptobstart, den Äpfeln, ist eine annähernd gute Ernte zu erwarten. In Birnen darf man auf eine knappe Mittelernte hoffen.

Zuckerzuweisung.

Infolge der außerordentlichen Zuckernappheit hat die Reichszuckerstelle sich gezwungen gesehen, in der Versorgungszeit vom 16. Juli bis 13. November eine Monatsration ausfallen zu lassen. Somit stehen für die Zeit vom 16. August bis 15. November noch zwei Monatsrationen mit zusammen 1300 Gr. auf den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung. Außerdem ist es der Landesversorgungsstelle möglich, durch Einsparungen weitere 500 Gramm als Einmachzucker auszugeben. Schließlich hat die Reichszuckerstelle noch eine Sonderzuweisung von 250 Gramm Auslandszucker, der aber wohl sechsmal so teuer wie der Inlandszucker wird, zu Einmachzucker vorgezogen. Demnach kommen für die Zeit vom 16. August bis 15. November 2055 Gramm Zucker auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung.

Soziale Reform.

Am 19. Juli 1920 trat im „König von Württemberg“ der Ausschuß der Ortsgruppe Stuttgart der Gesellschaft für soziale Reform zusammen, um neben einigen geschäftlichen Sachen über die Tätigkeit der Ortsgruppe in allernächster Zeit zu sprechen. Dabei kam von freigewerkschaftlicher Seite zum Ausdruck, daß der produktiven Erwerbslosen-Versicherung in aller Wälde besondere Aufmerksamkeit zu schenken sei. Der Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Blaum, sprach über die Siedlungsfrage, über die erschreckende Zunahme der Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung, sowie über die Notwendigkeit eines Gesetzes zur Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes. Er betonte, daß, abgesehen von diesen reichsrechtlichen Fragen, auch den folgenden landesrechtlichen, nämlich der Staats- und Verwaltungsvereinfachung, der Neuorganisation der Krankenkassen und der Tuberkulosebekämpfung näher zu treten sei. Sozialpolitische Probleme bringen insbesondere auch die Redartanalisation, die Wohnungsfrage und die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Es kam auch zum Ausdruck, daß auf dem Lande das Interesse an sozialpolitischen Fragen in Zukunft mehr geweckt werden sollte. Es sei Tatsache, daß dort, sogar in Provinzialstädten, sozialpolitische, durch den Krieg hervorgerufene gesetzliche Maßnahmen, wie z. B. die schulärztlichen Untersuchungen, nicht zur Durchführung gelangten. Hier bedürfe es weitgehender Aufklärung und Mitbeteiligung von Vertretern des Landes. Sozialpolitische Maßnahmen seien auf dem Lande oft wichtiger, mindestens aber ebenso wichtig wie in Großstädten. Dies beweisen die neuesten Erhebungen über Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose. Die Ortsgruppe Stuttgart der Gesellschaft für soziale Reform umfaßt bereits 111 Einzelperson-Behörden, Vereine, Verbände, Körperschaften. Die Mitglieder dieser Vereine und Körperschaften gehen in die Zehntausende.

Militärisches.

Das alte und das neue Lager des Truppenübungsplatzes Münsingen werden auch nach der Heeresabrüstung beibehalten. Tübingen soll später aufhören, Garnison zu sein. Die künftige Reichswehr hat ihre Standplätze nur noch in Stuttgart, Ulm, Ludwigsburg, Gmünd, Weingarten.

Mitmaßliches Wetter am Dienstag u. Mittwoch.

Der Hochdruck kommt wieder auf, aber die Störungen sind noch nicht überwunden. Am Dienstag und Mittwoch ist meist trockenes, aber zeitweilig bedecktes und mit gelegentlichen Gewittern verbundenes Wetter zu erwarten.

(S. B.) Stuttgart, 24. Juli. Ueber die Beendigung des Transportarbeiterstreiks ist eine Nachricht in die Presse gelangt, der eine einseitige Information zu Grunde liegt. Zustande gekommen ist eine Abmachung, wonach die Arbeiter eine Bonuszulage von 18 M. erhalten. Gefordert hatten sie 50 M. Vereinarbeit wurde ferner, daß die Arbeitgeber von den streikenden Arbeitern sovielen einstellen, als nach den Bedürfnissen der Betriebe möglich ist. Abgelehnt wurde die von den Arbeitern gestellte Bedingung, daß die jetzt nicht wieder eingestellten Streikenden später wieder eingestellt werden sollen.

(S. B.) Heidenheim, 23. Juli. Zur Milderung der großen Wohnungsnot hat die gemeinnützige Baugesellschaft 13 Wohnungen erstellt, die im Herbst bezogen werden können. Die Stadt hat die Uebernahme übernommen. Die Gesellschaft verfügt jetzt über 92 Wohnhäuser mit 183 Wohnungen.

(S. B.) Gingen a. Br., 25. Juli. Ein Geschäftsmann im benachbarten bayerischen Gundelfingen bestellte bei einem angebliehen Kohlenlieferanten in Kattowitz für sofortige Lieferung eine größere Menge Kohlen und bezahlte im voraus 49 000 M. Das Geld war fort, was aber nicht kam, waren die Kohlen und es stellte sich heraus, daß der Geschäftsmann einem Schwindler zum Opfer gefallen war. Der Geschäftsmann hat nun seinen Konkurs angemeldet und kommt so um sein ganzes Vermögen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw, Druck und Verlag der A. Oßfänger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Am Mittwoch, den 28. Juli 1920 wird auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 in der Reihenfolge der Brotkartenausgabe Ia. Vollpreis ausgegeben. Preis Mk. 5.— das Pfund.

Stadtgemeinde Calw.
Die Milchlieferung hat in letzter Zeit so sehr nachgelassen, daß eine regelmäßige Milchversorgung der Einwohnerschaft nicht mehr möglich ist. Die Gründe sind bekannt. Es wird dringend ersucht, die Stadtverwaltung in dem Bestreben der Verbesserung der Milchlieferung zu unterstützen. Insbesondere muß ermahnt werden, daß das

Milch-Hamstern
eingestellt wird. Wer in einer Zeit, da die Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch gefährdet ist, den Milchzustuf zur Sammelstelle dadurch verringert, daß er die vom Landwirt an die Stadt abzuliefernde Milch vorwegnimmt, handelt gewissenlos und muß als

Schädling der Bevölkerung
gebrandmarkt werden. Es wird deshalb von morgen ab dessen **Namen veröffentlicht** werden; außerdem wird die gehamsterte Milch beschlagnahmt und der Hamsterner von der städtischen Milchversorgung ausgeschlossen.

Calw, den 26. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Kommunalverband Calw.

Fleischbestellung und Markenablieferung.
Die Ablieferung des Bestellkartenabschnittes für den Fleischbedarf

vom 2.—29. August 1920,
sowie der Fleischkarten hat durch die Wegger des Bezirks **am Montag, den 2. August 1920** auf dem Oberamt zu erfolgen.

Schlachtscheine sind mitzubringen.

Calw, den 23. Juli 1920.

Kommunalverband: Oberamtmann G ö s.

Kommunalverband Calw.

Die Ausstellung der Fleischbezugscheine für Wirte usw.

erfolgt gegen Ablieferung der von den Gästen eingenommenen Fleischmarken am

Freitag, den 30. Juli 1920

während der üblichen Sprechstunden auf d. Oberamt. Die bisherigen Bezugscheine sind mitzubringen.

Calw, den 23. Juli 1920.

Kommunalverband: Oberamtmann G ö s.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Calw (Wirt.)

Mittwoch, den 28. ds. Mts., abends präzis 1/7 Uhr im Lokal

Mitglieder-Versammlung.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches, vollzähliges Erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiterinnen
gesucht.

Leinacher Mineralquellen Leinach.

Person gesucht,

die täglich zwischen 3 und 5 Uhr nachmittags von Calw nach Althengstett geht, zwecks Mitnahme von Zeitungen.

Nähere aufs der Geschäftsstelle des Blattes.

Ostelsheim, 23. Juli 1920.

Dankfagung.



Anlässlich des raschen Hinscheidens meines innig geliebten Gatten, unseres treubeforgten Vaters, Bruders und Schwagers

Jakob Sirt

dürften wir so viele wohlthuende Beweise herzlicher Teilnahme entgegennehmen, daß es uns drängt, auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank auszusprechen.

Insbesondere sagen wir Dank für die zahlreiche Beileitung zu seiner letzten Ruhestätte, für die tiefempfundenen, trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Zeller, den überaus ehrenden Nachruf des Herrn Ortsvorstehers, den erhebenden Trauergefang des Herrn Amtsverwesers, Lehrer Junginger, mit seinen Schülern, für die ehrende, zahlreiche Beileitung der Feuerwehr und des Turnvereins, sowie für die vielen Kranzspenden.

Im Namen der Hinterbliebenen:

die tiefgebeugte Gattin:

Karoline Sirt, geb. Schweizer.

Bestellte Einmachgurken
können sofort abgeholt werden.

Bestellungen auf

Zwetschgen

zum Einmachen

nimmt entgegen

Roehm-Dalcolmo.

Eine Brosche
(Amethyst in Gold gefaßt) ist verloren

gegangen auf dem Wege durchs Schweinbochjal, den Höhenweg nach Sanatorium Römer wieder zurück, durch Hirfau, am Löwen vorüber zu dem Landhaus Luginsland. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe im „Hirsch u. Lamm“ in Hirfau gegen hohe Belohnung abzugeben.

Hilfsche

2-Zimmer-Wohnung

mit Küche (Bahnhofstraße) wird gegen ebensolche (evtl. 3-Zimmer-Wohnung) zu tauschen gesucht.

Off. u. T. O. 171 an die Geschäftsstelle des Blattes.

2 Zimmer

unmöbliert oder möbliert, auf 1. oder 15. August

zu mieten gesucht.

W. Haaf,

Marktpl. 45 III.

Gesucht wird in der Nähe von Calw zum baldigen Eintritt ehrliches

Mädchen

über 15 Jahre alt, für Küche und Haushaltung, zu Familie ohne Kinder. Reichliche Verpflegung, gute Behandlung und hoher Lohn zugesichert.

Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Schafwollgarne, Herren- u. Damen-Kleider,

Stoffe jeder Art, färbt und reinigt waschecht in allen Farben rasch und billig.

Annahme bei:

R. Reisser, Pforzheim,

Schlössberg 11.

E. Reisser, Liebenzell,

Kirchstr. 182.

Ein Fogterrier weiß-schwarz gezeichnet, auf den Namen Strick hörend, ist entlaufen.

Vor Ankauf wird gewarnt. Wiederbringer erhält Belohnung.

Carl Müller, Liebenzell, Schömlingerstr. 261.

Kurzgefärgtes, trockenes

Brennholz

in Fuhrern zu Mk. 70.— kann sofort geliefert werden

L. Rärcher, Sägewerk, Hirfau.

Hühneraugen

Hornhaut etc. beseitigt dauernd

Ria-Balsam!

Tausendfach bewährt.

Viele Nachbestellungen

Preis Mk. 3.— franko.

Nur zu beziehen durch

Hofapotheke Hechingen,

(Hohenz.)

Calw, den 28. Juli 1920.

Todes-Anzeige.



Im jugendlichen Alter von 19 Jahren 3 Monaten starb im hiesigen Krankenhause unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Anton Wilh. Koch

nach kurzer, aber schwerer Krankheit.

Für die tieftrauernden Hinterbliebenen:

F. Koch, Fürstl. Hohenz. Förster

J. Koch, ehem. Bez.-Feldw.

Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 5 Uhr vom Krankenhaus aus, statt.



Erklärung.

Billige Schuhcrem enthält Wasser oder Ersatzstoffe, dagegen Dr. Gontner's Schuhputz

Nigrin

nur reines Terpentinöl (Friedensware mit Banderol). Der etwas höhere Preis macht sich 1000 fach bezahlt durch größere Ausgiebigkeit und verlängerte Lebensdauer des Schuhs.

Die Herren Küfermeister, welche gleich zu noch füllfertige geeichte gebrauchte, sowie neue **Wein- und Mostfässer**

beste Küferware, in allen Größen von 20—700 Liter, zu Preisen, an welchen Sie viel Geld verdienen. Kommen Sie sofort und suchen Sie sich die Fässer selbst aus. **Franz Kilgus, Faßgroßhdlg., Herrenberg.** Lagerhaus am Bahnhof.

Bruchleidende

Mein Gürtelbruchband „Extrabequem“ ist das einzige richtigstehende federlose Bruchband, das jeden Bruch schmerzlos und sicher, selbst in schweren Fällen, zurückhält. Bequemstes Tragen Tag und Nacht. Keine Verletzung bei der Arbeit. Viele Dankschreiben Suspendor Leib-, Nabel- und Vorfalldrüsen, Geradhalter, Gummistrümpfe. Mein langjähriger Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in Pforzheim Samstag 31. Juli 8—3 Hotel „Rappen“, L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 38a. Spezial-Werkstätte federl. Bruchbänder. Telefon 1332.

Überverhaltung, Schwindelanfälle,

Herzbelemmungen, Angst- u. Schwächezustände. Berl. Sie kostenr. ausführl. Broschüre.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35,

Potsdamer Str. 104a.

Wenn Sie ^{über alles} **wissenswerte**
rasch und zuverlässig
unterrichtet sein wollen, dann bestellen Sie sofort das

Calwer Tagblatt!